

Ostland

Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30, Mohstraße 48. Fernruf W 5. Bucharstraße 1014.
Verlagskonto Berlin 654-0 — Verantwortl. für die Schriftleitung: Dr. Otto Rebel, Wm.-Friedrichs, Alfr. 3
Verf.: Traugott Spandau, Joh. Rudolf Schmidt, Ergebeiter Str. 35 — Erscheint monatl. zweimal. — Verteilung
vierteljährlich RM. 0,50 — Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 2 — 3. v. W. g.

Nr. 23

Berlin, den 1. Dezember 1935

16. Jahrgang

Oberst Beck im Kreuzfeuer der Opposition

Die polnische Außenpolitik der letzten Jahre wird durch die Lösung Polens aus der französischen Vormundschaft und die Entspannung des Verhältnisses zu Deutschland charakterisiert. Diese Politik ist das Werk des Obersten Beck. Sie hat Polen die Freiheit des Handels gegenüber allen Staaten gegeben. Die Außenpolitik des Obersten Beck ist sicherlich nicht so einfach und bequem wie die seines Vorgängers Jaksfi, der gewohnt war, vor allen wichtigen Entscheidungen nach Paris zu fahren, um dort zu erkunden, was ihm zu unternehmen erlaubt sei. Es war von vornherein klar, daß diese Außenpolitik den stärksten Widerspruch derjenigen Kreise heraufzurufen würde, die weniger der eigenen Kraft als der Stärke des französischen Festungsgürtels vertrauen. Solange der Marschall noch lebte, konnte die Kritik dieser Kreise an der Außenpolitik des Obersten Beck ziemlich gleichgültig sein. Auch nach dem Tode des Marschalls fiel diese Kritik noch nicht schwer ins Gewicht, solange in Polen die Oberstengruppe regierte. Seitdem aber durch die letzte Regierungsumbildung der Einfluß dieser Gruppe zurückgedrängt worden ist, hat sich auch die innerpolitische Basis, auf der Oberst Beck steht, verkleinert. Dadurch gewinnt die Kritik der oppositionellen Kreise an seiner Außenpolitik an Gewicht.

In der oppositionellen Presse wird seit der Regierungsumbildung mit ungewöhnlicher Schärfe gegen Oberst Beck agitiert. Die Argumente, die dabei vorgebracht werden, sind freilich nicht neu. Neu aber ist die massive Form, in der die Angriffe erfolgen. Die Kattowitzer „Polonia“ hat sich vor kurzem an eine Reihe polnischer Politiker mit der Bitte gewandt, ihre Meinung über die gegenwärtige außenpolitische Lage Polens zu äußern. Da die Antworten fast durchweg von oppositionellen Politikern stammen, von Korfanti, Witos, Koszowski, Siorfki und anderen bekannten Gegnern der Oberstengruppe, bleibt an Oberst Beck verständlicherweise kein gutes Haar. Wie schon so oft, wird ihm auch hier sein beharrliches Schwweichen zum Vorwurf gemacht. Der Außenminister, schreibt der alte Korfanti, sei zwar bekannt, aber unpopulär; er sei „der am schwersten belastete Politiker der Oberstengruppe“. Das Volk, versichert Witos, glaube an Frankreich und sei daran gewöhnt, in Deutschland den Tod feindlicher Polen zu sehen: Ein Erbdenken in den polnischen Stämmen werde weit weniger Verwunderung ausgelöst haben als die von Oberst Beck verfolgte Politik einer Annäherung Polens an Deutschland.

Die febergerandeten Urteilstreiber der „Polonia“ sind sich — bis auf Stundnicki, der schon mehr als einmal von allen politischen Richtungen in Polen als hoffnungsvoller Außenminister abgeholt worden ist — einig darin, daß die Abkehr der polnischen Außenpolitik von der französischen Führung für Polen einmal schief ausgehen muß. Polen, so stellen sie fest, habe sich mit allen verzant, die eigentlich seine natürlichen Bundesgenossen sein müßten. Dem deutschen Partner aber traue sie nicht über den Weg. Nach den Worten des ehemaligen Abgeordneten Tempka „schraubt Deutschland das Haupt gegen das Versailles Diktat“ und „lebt das Dritte Reich

in der Hoffnung auf weitere Eroberungen im Osten“. „Ausflüge, Ausstellungen, Bankette, Jagden, die Erste Brigade in Berlin, Hitlerfahrten in den polnischen Städten, — niemand glaubt an die Aufrichtigkeit...“ Und General Siorfki behauptet: Jeder Pole sei sich, durch die Erfahrung belehrt, darüber klar, daß eine deutsch-polnische Annäherung, die „durch eine Schwächung der Verteidigungskräfte Polens und auf Kosten seines Bündnisses mit Frankreich erkaufte“ sei, nicht nur ein politischer Fehler, sondern ein Selbstmord sei. Kaczorowski aber jammert: Danzig sei zu einer deutschen Provinz geworden, das deutsche Schulwesen in Polen erlebe eine herrliche Entwidlung, und die Polen in Deutschland würden systematisch germanisiert. Er will von dieser „papierernen Freundschaft“ mit Deutschland nichts wissen.

Auch darin sind sich die Kritiker der Beckischen Außenpolitik einig, daß sie die Welt in zwei Lager einteile, in die Völker, die um den Frieden kämpfen, und in die Völker, die dem Frieden feindlich gesinnt sind. Natürlich ist Deutschland in ihren Augen im Verein mit seinen Satelliten (gemeint sind Ungarn und Japan) „die gegen den Frieden wirkende Kraft“, wogegen Moskau und Korfanti zu den Hütern des Friedens gezählt wird: Sowjetrußland habe auf seinen politischen Imperialismus verzichtet, es habe sogar auf seinen sozialen Imperialismus verzichtet; von Osten her drohe Polen also augenblicklich keine Gefahr! Der Vorsitzende der Nationaldemokratischen Partei, Bartoszewicz, schreibt, es sei vor allem notwendig, daß Polen seine Stellung an der Ostsee, wo es noch ungenügend gesichert sei, stärke. Und Tempka beklagt sich darüber, daß Polen, das seine Unabhängigkeit doch dem Versailles-Vertrage verdanke, heute gerade mit den Staaten in den engsten Beziehungen stehe, die konsequent die Vermeidung dieses Vertrages anstreben. Polen, so fährt er fort, müsse sich wieder in das System der Staaten einordnen, die auf die Beibehaltung der durch das Versailles Diktat geschaffenen Lage bedacht sind.

Die grundlegenden Wandlungen, die Europa in den letzten Jahren durchgemacht hat, scheinen an diesen Kritikern des Obersten Beck ziemlich spurlos vorübergegangen zu sein. Ihr politisches Denken kreist noch heute um ein Diktat, das die nächsterneren Politiker aller Länder schon seit einiger Zeit nur mehr als eine historische Tatsache werten. Sie mögen recht damit haben, daß die Außenpolitik des Obersten Beck in Polen weniger populär ist als ihr eigenes, in ausgefahrenen Gleisen laufendes politisches Denken. Aber es ist schon öfters vorgekommen, daß sich eine wenig populäre Außenpolitik schließlich doch als die richtige herausgestellt hat. Die Leute, die den Obersten Beck so schroff kritisieren, haben auch von der Innenpolitik, die Polen seit 1926 erlebt hat, gesagt, sie sei unpopulär. Auch damit mögen sie recht gehabt haben. Aber schließlich hat diese unpopuläre Innenpolitik, indem sie eine starke Staatsgewalt schuf, doch den Staat vor der inneren

Verfegung durch das Chaos der Parteien gerietet und damit zweifellos überhaupt erst den Bestand dieses Staates gesichert. Rückfahrend wird man vielleicht die Frage aufwerfen können, ob es für einen Todefeind Polens, der Deutschland nach nationaldemokratischer Auffassung sein soll, nicht günstiger gewesen wäre, wenn statt der festen Politik des Willkürregimes auch nach 1926 noch jene „populäre Politik“ fortgesetzt worden wäre, bei der der polnische Staat von den Parteien in Grund und Boden gewirft wurde.

Wenn die Kritiker des Obersten Bed eine Wiederannäherung Polens an Frankreich und dessen Bundesgenossen verlangen, so tun sie das in dem Glauben, daß die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich eine unabänderliche Tatsache und diese Tatsache verstärkt durch ein französisch-polnisches Bündnis, die einzige wirkliche Garantie der polnischen Sicherheit sei. Wenn nun aber die Voraussetzung dieser politischen Spekulation: die deutsch-französische Egenerkchaft, einmal nicht mehr besteht, dann ist damit natürlich auch die Folgerung: die sichernde Wirkung des polnischen Bündnisses mit Frankreich, in Frage gestellt. Das hat Oberst Bed schon vor Jahren erkannt und aus dieser Erkenntnis die entsprechenden Folgerungen gezogen. Seine Gegner aber, die alle Schreien ihrer demagogischen Boredelemtie gegen ihn öffnen, wollen an diese Zusammenhänge, wie es scheint,

auch jetzt noch nicht glauben. Sie leben mehr oder weniger in der naiven Erwartung, daß die Jange, die in Versailles um Deutschland gelegt worden ist, heute noch ebenso gut wie vor fünf oder zehn Jahren funktioniert. Aber während sie in dieser Erwartung nach den Worten Korjantus „einen sonjentriffenden Angriff“ auf die Politik und die Person des Obersten Bed unternehmen, wird der französische Botschafter in Berlin von Führer empfangen und kündigt sich eine neue Phase der deutsch-französischen Beziehungen an. Die „Gazeta Polska“ hat im vergangenen Jahre einmal gesagt, in Polen könne man froh sein, daß man mit Deutschland zu einem modus vivendi gelangt sei, ehe Frankreich in die Versuchung geraten sei, die Kosten seiner Annäherung an Deutschland von Polen tragen zu lassen. Angesichts der antideutschen Tendenzen, die die Gegner des Obersten Bed in der polnischen Außenpolitik durchgehen möchten, wird man dieser Feststellung des Warfauer Regierungsblattes eine gewisse Aktualität nicht abschreiben können. Die Endeten werden sich damit abfinden müssen, daß jene Auffassung von den Erfordernissen der polnischen Außenpolitik, die sie sich noch aus der Versailles Ära bemahrt haben, sich nicht mehr auf ein Europa anwenden läßt, in dem es ein wehrhaftes Deutschland, eine zerfallene Entente und eine aktive Somjunion gibt. Dr. K.

Das Judenprogramm der Endeten

Der „Warszawski Dziennik Narodowy“ brachte am 25. November einen Artikel, in dem er das Programm der nationaldemokratischen Judenpolitik zu entwickeln versuchte. Aus dem Artikel geht deutlich hervor, daß die Judenfeindschaft der polnischen Nationaldemokraten nicht rassistisch, sondern lediglich sozial bedingt ist. Einleitend vermahnt sich das Blatt gegen den Vorwurf, daß die Nationaldemokraten kein positives Programm in der Judenfrage besäßen, sowie gegen den Vorwurf, daß sie die Lösungen, Methoden und Theorien der deutschen nationalsozialistischen Bewegung nachahmten:

Schon viele Jahre vor der Entstehung der Hitlerbewegung seien sich die polnischen Nationaldemokraten über die Bedeutung der Judenfrage sowohl für Polen wie für die Weltpolitik im klaren gewesen, und auch die Juden hätten diese Bewegung als für sie bedrohlich betrachtet. (Es gibt eine Anzahl führender Nationaldemokraten die Juden oder Judenbolscharen sind, z. B. Stroncki.) Die Judenfrage, heißt es dann weiter, sei ein wesentlicher Punkt des nationaldemokratischen Programms, und ihre Lösung, die in der Kolonisierung der Städte bestehe, sei eines der Hauptziele der nationaldemokratischen Bestrebungen. Wenn die Nationaldemokraten zur Macht gelangen und einen entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben würden, hätten sie ganz bestimmte Absichten in bezug auf die Juden. Die Nationaldemokraten betrachteten es als ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß genügend Kaufleute, Handwerker, Bantiers, Unternehmer, Vermittler usw. einzunehmen. Es gebe in Polen genügend Leute, die diese Stellungen und Berufe ausfüllen könnten, nur müßten sie für diese Beschäftigung vorbereitet werden, und es müßten für sie die entsprechenden wirtschaftlichen Bedingungen geschaffen werden. Es gebe in Polen Gebiete, wo in dieser Beziehung viel geschehen sei. Diese Gebiete seien Großpolen, Pommerellen und z. T. Ostpreußen (hier ist diese Vorbereitung der Polen für die Ausübung der genannten Berufe allerdings weniger von den Nationaldemokraten als von der früheren preußischen Verwaltung durchgeführt worden.) Schon vor Jahrzehnten, fährt der Artikel dann fort, seien die großpolnischen und pommerellischen Städte weniger verjudet gewesen als die Städte in Mittel- und Ostpolen. Und wenn es jetzt in den genannten Gebieten einen Bürgerland gebe, so sei er hauptsächlich entstanden aus den in die Städte gezogenen Dorfbewohnern.

Die Ueberpöflerung Polens habe auf dem Lande bereits die äußersten Grenzen erreicht, die Industrie mache eine schwere Krise durch, und unter der Arbeitslosigkeit

hätten sowohl die Hand- wie die geistigen Arbeiter zu leiden. Immer mehr Angehörige der polnischen Jugend, namentlich der gebildeten Jugend, fänden keine Arbeit mehr; daher müßten diese Menschen sich den Beschäftigungen zuwenden, die gegenwärtig hauptsächlich die Juden ausübten. In Großpolen und in Pommerellen sei bereits ein Uebermaß von polnischen Kaufleuten, Handwerkern, Unternehmern und Vermittlern vorhanden, namentlich in der jüngeren Generation. Diese Leute müßten neue Gebiete suchen, und man habe die Pflicht, sie nach Osten zu leiten, damit sie dort die Grundlage für die Kolonisierung der Städte bildeten. Die Polen und Pommerellen würden ihre Erfahrungen, ihren Organisationsinn, ihr methodisches Denken und Handeln und ihre, wenn auch kleinen, Kapitalien mitbringen. (Das alles ist in der Hauptsache preußisches Erbe.) Diese Scharen aus dem Westen würden für die Landbevöflerung und für die Jugend im übrigen Polen ein Element der Aufmunterung bilden und Organisations- und Erzieher liefern. Diese Bewegung habe bereits begonnen und nehme ein immer schnelleres Tempo an. Sie werde sich sicherlich noch bedeutend schneller entwickeln, wenn ihr nicht Hindernisse von den Stellen entbunden würden, die sie gerade unterliegen müßten. Wenn dieser Prozeß sich entwicke und eine Institution entstehe, die große Kapitalien besitze, so müßte sie die Städte durch das polnische Element kolonisieren. (Das an sich geringe Kapital Polens befindet sich jedoch zum erheblichen Teil in jüdischen Händen, könnte für diesen Zweck also wohl kaum zur Verfügung.) Eine solche Zentralinstitution würde mit der Zeit eine polnische Bürgerschaft in den Städten Polens entwickeln und eine große Rolle beim Wiederaufbau dieser Städte spielen. Der Artikel schließt mit folgenden Worten: Demjenigen, die den Nationaldemokraten vorwürfen, daß sie kein Programm in der Judenfrage besäßen, müsse man antworten: „Hindert uns nicht, eine solche Organisation ins Leben zu rufen.“ Das Bestreben der Nationaldemokraten sei, die Städte in ganz Polen so zu gestalten, wie sie in Großpolen und Pommerellen seien. Von Westen sollten die Leute nach Osten ziehen, die zur Kolonisierung der Städte und zur Schaffung eines polnischen Bürgerlandes beizutragen geeignet seien. — Das hört sich alles ganz schön an, hat aber wenig Aussicht, verwirklicht zu werden. Wie die Juden aus Polen entfernt werden sollen, wo sie — die Getauften, die Bestarte und jüdisch Verטיפften nicht gerednet — etwa 10 p. h. der Bevölkerung ausmachen, das bleibt bei diesem Programm völlig unklar. Solange das nicht geklärt ist, bleibt das endefische Judenprogramm Theorie.

Die ersten Notverordnungen

Die der Regierung Koscialkowski von Sejm und Senat erteilten Vollmachten erfolgen am 16. Januar des kommenden Jahres. Bis dahin müssen die dringlichsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die die Regierung in Aussicht gestellt hat, durchgeführt sein. „Die Regierung hat“, wie der stellvertretende Ministerpräsident Kwiatkowski sagte, „bewußt einen kurzen Termin für ihre Vollmachten verlangt; denn jede Verzögerung in der Vermittlung dieser Pläne ist, wenn dadurch auch gewisse Fehler vermieden werden könnten, ebenso schädlich wie eine lange chirurgische Operation. In der gelegenen Frist kann man sich nur mit den tröstlichsten Erscheinungen der wirtschaftlichen Krankheit befassen.“

Neue Steuern

Die ersten, schon in der Regierungserklärung angekindigten Notverordnungen sind inzwischen veröffentlicht worden. Eine allgemeine Kürzung der Beamtensgehälter ist vielleicht das einfachste und sicherste Mittel, schnelle und lohnende Einsparungen im öffentlichen Haushalt zu machen. Es ist für eine Regierung jedoch immer eine mißliche Sache, sich ihren politischen Start von den Beamten finanzieren zu lassen. Die Regierung Koscialkowski hat ihren viel besprochenen Angriff auf die Kräfte trotzdem mit der Einführung einer außerordentlichen Steuer auf alle Gehälter, Löhne und Entschädigungen, die aus öffentlichen Geldern stammen, begonnen. Die Steuer wird vorläufig für die Dauer von zwei Jahren, beginnend mit dem 1. Dezember 1935, erhoben. Von der Steuer befreit bleiben nur die Monatsgehälter unter 100 Zloty, die Berufsrenten der Arbeiter sowie die Renten der Inhabern der ehemaligen politischen Gefangenen und der Inhaber gewisser Orden. Im übrigen ist die Steuer nach der Höhe des Einkommens gestaffelt; sie beginnt bei einem Monatsgehalt von 101–150 Zloty mit 7% und steigt bei einem Monatsgehalt von über 2000 Zloty auf 25%. Praktisch läuft die Steuer auf eine Zunucht auf zwei Jahre befristete Gehaltskürzung hinaus, die trotz der Staffelfür die Masse der unteren und mittleren Beamten und öffentlichen Angestellten, deren Monatseinkommen nur 130–200 Zloty beträgt, eine außerordentliche soziale Härte darstellt. Daß die neue Steuer in den Kreisen der Betroffenen böses Blut gemacht hat, und daß das von der politischen Opposition weidlich ausgenutzt wird, ist verständlich.

Es ist für die Beamten, die sich nach den mehrfachen Gehaltskürzungen und mannigfachen „freiwilligen“ Abgaben der vergangenen Jahre ohnehin schon in schwerer wirtschaftlicher Notlage befinden und vielfach stark verschuldet sind, nur ein spärlicher Trost, daß zugleich auch die Pfandbestellen der privaten Wirtschaft mit einer neuen Steuer belegt worden sind. Die betreffende Verordnung setzt für die Privatangehörigen eine in 80 Staffeln ansteigende Einkommensteuer fest, die mit 1% bei einem Jahresgehalt von 1500–1600 Zloty beginnt und bis zu 50% bei einem Jahresgehalt von mehr als 192 000 Zloty steigt. Schließlich ist noch eine dritte Notverordnung angehängt worden, die eine Kürzung der Pensionen und Invalidenrenten vorsieht. Und zwar sollen die Invalidenrenten um 10% herabgesetzt werden, während die Kürzung der Pensionen u. a. in der Weise erfolgen soll, daß die unter der Herrschaft der Teilungsmächte geleisteten Dienstjahre nur noch mit 75% der politischen Dienstjahre angerechnet werden. Es handelt sich in diesem Falle also um eine Disaffimierung der vor der Errichtung des polnischen Staates in öffentlichen Diensten gestandenen Personen und ihrer Hinterbliebenen. Wenn auch die niedrigen Pensions- und Rentenläufe im allgemeinen von der Kürzung verschont bleiben sollen, so stellt dieser Eingriff in die Bezüge nicht erwerbsfähiger Personen doch eine besonders schmerzliche Maßnahme dar.

Krach auf dem Beamtenkongress

Für die Stimmung unter den Gehaltsempfängern, die als erste für die Besandung der politischen Wirtschaft bluten sollten, war der von etwa 1000 Delegierten der Beamten-

und Angestelltenverbände besetzte Kongress sehr bezeichnend, der am 24. November in Warschau stattfand. Die Regierung, die es wohl in Erkenntnis ihrer schwierigen Lage gegenüber den erregten Beamten und Angestellten abgesehen hatte, sich vor dem Kongress durch einige Sachverständigen vertreten zu lassen, wurde von den Rednern nicht eben mitleidig behandelt. Die von den Einberufern des Kongresses vorbereiteten Resolutionen paßten nicht mehr in die gereizte Stimmung der Delegierten hinein. Das Präsidium, das es nicht wagte, die Verantwortung für die Regierungsgeschehnisse dem Kongress zu übergeben, wurde schließlich überging, auf sich zu nehmen, suchte sein Heil in der Flucht. Das Feld beherrschten zum Schluß einige Redner, die, auf Tischen und Stühlen sitzend, ihre radikalen Programme, wie Zusammenarbeit mit der revolutionären Arbeiterklasse, Profiteure der Beamten u. s. f., proklamierten. Ueberschrift: Die Beamten sind die Diener des Staates.

Senkung der Mieten

Die mit den genannten Notverordnungen verbundenen sozialen Härten sollen durch eine Reihe von Maßnahmen gemildert werden, die auf eine Senkung der Kosten des Lebensunterhaltes abzielen. Zu nennen sind hier zunächst zwei bereits veröffentlichte Notverordnungen, durch die für die Dauer von zwei Jahren, beginnend mit dem 1. Dezember 1935, die Mieten für Ein- und Zweisimmerwohnungen mit Küche um 15% und für Drei- bis Fünfsimmerwohnungen mit Küche um 10% herabgesetzt und außerdem für die Kleinwohnungen die Wohnungsteuern erlassen werden. Die Hausbesitzer sollen in der Weise entschädigt werden, daß die Großwohnungen mit sechs und mehr Zimmern aus der Zwangsbewirtschaftung herausgenommen werden. Es liegt auf der Hand, daß diese Entschädigung in der Regel den Hausbesitzern zugute kommen wird, die durch die Herabsetzung der Mieten für Klein- und Mittelwohnungen nicht geschädigt worden sind. Besonders für den Hausbesitz in den von einer dichtgedrängten Arbeiterbevölkerung bewohnten ostberlinerischen Industriegebieten wird sich die Senkung der Mieten, so sehr diese auch an sich zu begrüßen ist, verhängnisvoll auswirken. Der dortige Hausbesitz befindet sich ohnehin schon in einer wenig beneidenswerten Lage, da der Eingang der Mieten infolge der allgemeinen Verarmung der Bevölkerung schon seit Jahren viel zu wünschen übrig läßt.

Die Preispolitik der Kartelle

Ein besonders schwieriges Kapitel ist die von der neuen Regierung in Angriff genommene Herabsetzung der Preise für industrielle Produkte. Der Kampf gegen die Preisdiktatur der Kartelle, den schon die früheren Regierungen, freilich nur mit bescheidenem Erfolge, geführt haben, ist von neuem entbrannt. Vor allem ist an eine Senkung der Preise für Kohle, Textilien, Zucker, Papier und Hüttenenergieprodukte, wie Blech, Röhren, Kupfer, Zinn, Draht usw., gedacht. Es wird in jedem einzelnen Falle ungemessen schwer sein, den „gerechten“ Preis zu finden, der auf der einen Seite den betreffenden Industrien eine ausreichende Verdienstsparnis läßt und auf der anderen Seite den Verbraucher sichtbar entlastet. Eine Auflösung der Kartelle scheint nicht beabsichtigt zu sein; denn wie die Beispiele des Zementkartells und des Draht- und Nagelkartells gezeigt haben, hat das Fehlen jeder Preisbindung einen rücksichtslosen und volkswirtschaftlich schädlichen Konkurrenzkampf der einzelnen Unternehmungen gegeneinander zur Folge und hat seinerzeit in beiden Fällen die Regierung ihren ganzen Einfluß aufzubringen müssen, um die ineinander verflochtenen Gegner wieder zu neuen Preisbindungen zu zwingen. In den Kartellgerichten, die schon seit längerer Zeit bestehen, hat die Regierung das Mittel in der Hand, zu einer auch für den Produzenten tragbaren Herabsetzung der durch die Kartelle überhöhten Industriepreise zu gelangen. Das Kartellgesetz von 1933 soll verschärft werden. Es ist eine Machprobe, die den ganzen Einfluß der Regierung erfordert, und eine Maßnahme, die u. U. von ihr auch den Entschluß verlangt, Betriebe, die nur bei den gegenwärtigen, volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden Preisen existieren können, aufzugeben.

Allgemeine Schulpflicht — eine Fiktion

In den ersten Jahren nach der Errichtung des Staates hatte das polnische Volksschulwesen eine günstige Entwicklung genommen. Man war damals verhältnismäßig verschwendunglich in der Vermittlung von Mitteln. Außerdem war der Aufbau insofern leicht, als die Zahl der Schulkinder sich durch die Kriegsjahre gerade bis zum Jahre 1927/28 verminderte. Dann setzte das Wachstum erst zum Ende der Wirtschaftskrise, die den Staat zu immer weiteren Einschränkungen auch auf kulturellem Gebiet zwang. Obwohl die Zahl der schulpflichtigen Kinder heute 5,4 Millionen beträgt, ist die Zahl der Lehrstellen nicht vermehrt, sondern vermindert worden. Der Etat des Kultusministeriums ist seit 1929 von 460 auf 310 Millionen Zloty herabgedrückt worden. Es ist deswegen keine Uebertreibung, wenn die polnischen Zeitungen, an der Spitze die offizielle „Gazeta Polska“, von einer Katastrophe sprechen, die über das Bildungswesen herein-gebrochen ist. Es ist heute so, daß eine Million Kinder in Polen keinen Unterricht genießen können. Es fehlen die Räume, und es fehlen die Lehrkräfte. Am schlimmsten ist es im Osten, wo der Prozentsatz der Analphabeten ohnehin sehr hoch ist. Aber auch in den südlichen Wojewodschaften ist die Lage traurig. Den Rekord hält die Wojewodschaft Lemberg, wo 36 Prozent der Bevölkerung nicht lesen und schreiben können. Selbst in der Hauptstadt Warschau beträgt diese Zahl 10 Prozent. Am günstigsten steht das preussische Teilgebiet da, wo aber auch der Nachwuchs nicht mehr restlos in den Schulen unterkommt. In den Zentralwojewodschaften ist ein Sechstel, in den südlichen ein Fünftel bis ein Viertel der Kinder ohne Unterricht.

Unter diesen Umständen wird die allgemeine Schulpflicht allmählich zu einer Fiktion. Die „Gazeta Polska“ hat selbst die Frage aufgeworfen, ob Polen daran noch festhalten sollte. Dazu kommt der Zustand des Schulwesens selbst, der höchst bedenklich geworden ist. Ueberfüllte Klassen, bei denen jede Rücksicht auf Hygiene außer acht bleibt, und überlastete Lehrer, die bei gekürzten Gehältern arbeiten müssen. Schulklassen von 80—100 Kindern sind keine Seltenheit. Auf dem Lande

wird die 7jährige Volksschule in den meisten Fällen nicht absolviert. Die Kinder gehen vorher ab, sie haben Lesen und Schreiben nur sehr unvollkommen gelernt und sind „Kandidaten für den Analphabetismus“, zumal sie selten eine Zeitung oder gar ein Buch in die Hand nehmen.

„Sehen wir der Wahrheit in die Augen“, so schreibt ein polnisches Regierungsblatt, „nach 17 Jahren Unabhän-gigkeit geben wir zurück. Wird der Rückgang nicht aufgehalten, so wird er zu einer Niederlage. Wir werden es dann dazu bringen, daß wir von der Macht und von der Stelle, die uns unter den zivilisier-ten Völkern gebührt, abtreten müssen.“ Am Zeichen der Jahrhundertfeier des Erscheinens des „Pan Tadeusz“ haben wir in Polen 6 1/2 Millionen Ana-lphabeten. Eine Million Kinder, die zu den künftigen geistig Asteigenden gehören, die in einem Lande von 1000-jähriger Kulturtradition Parias der Kultur sein werden.“ Solche Äußerungen kann man immer wieder in den Blättern der verschiedensten Richtungen finden.

Man ist sich vollkommen darüber klar, daß ein weiteres Umsichgreifen des Analphabetismus alle Werte in Frage stellt, auf denen das staatliche Leben beruht. Insbesondere wird betont, daß ein Verfall der Schulen ein Schlag für die Verteidigung des Staates ist. Schließlich bringt er moralische Gefahren für die Jugend mit sich und schafft ein günstiges Feld für die Agitation unterirdischer Mächte. Der Staat kann nicht helfen. Er kann nur mit Mühe das beste-hende Schulnetz aufrechterhalten. Zwei Faktoren greifen heute unterstützend ein: die Armee und die Selbst-hilfe der Bevölkerung. Die Armee, die große Er-ziehungsstätte Polens, entläßt niemand aus dem Dienst, der nicht lesen und schreiben gelernt hat. In polnischen Kasernen, namentlich im Osten, gibt es richtige Schulklassen. Daneben wirkt die private Hilfe. Der polnische Schuldverein „Macierz Szkolna“ hat bereits 200 soziale Organisationen dazu verpflichtet, daß ihre Mit-glieder Analphabeten Unterricht geben. Die Gefahr ist erkannt. Der Kampf wird aufgenommen mit den Mitteln, die zur Verfügung stehen. Es geht um nichts weniger, als um die kulturelle Behauptung eines Volkes, das seinen europäischen Rang nicht verlieren will.

Die drei Parteien im Bieracki-Prozess

Am 18. November begann in Warschau der Prozess gegen die zwölf Ukrainer, die des Mordes an dem polnischen Innenminister Bieracki angeklagt sind. Es dreht sich in diesem Prozess nicht nur um die Aufklärung des Mordes vom 15. Juni v. J.; sondern zur Verhandlung steht hier eine politische Frage von europäischer Bedeutung, nämlich die Frage, ob es möglich ist, im Rahmen des derzeitigen europäischen Staaten-gefüges zu einem Ausgleich zwischen Ukrainern und Polen zu kommen. Politisch gesehen, sind in diesem Prozess nicht zwei, sondern drei Parteien vorhanden: Erstens der polnische Staat, zweitens der Teil der Ukrainer, der die Errichtung einer polnischen Staatlichkeit auf ukrainischem Volkstoden grundbündig bekämpft, und drittens jener andere Teil der Ukrainer, der hinter den Ausgleichs-politikern steht.

Die Haltung der letzteren Gruppe hat der Abgeordnete Celewicz vor kurzem nach einem Bericht des Hauptorgans der UNDO, des Lemberger „Dilo“, wie folgt charakterisiert: „Zur Entstehung eines ukrainischen Staates wäre ein Krieg notwendig, da die Geschäfte lehren, daß neue staatliche Organismen nur während kriegerischer Verwicklungen entstehen. Außerdem wäre aber der Zerfall desjenigen Staates erforderlich, der gegenwärtig die größten ukrainischen Gebiete umfaßt, also der Sowjetunion. Die ukrainische Politik muß B u n d e s g e s o s s e n in einem gegen die Sowjetunion gerichteten Lager gewinnen. In Frage kommen heute Deutschland, England und

Polen. Schon aus diesem Grunde müssen die Ukrainer eine scharfe Politik gegen Polen vermeiden . . . Selbstverständlich wäre die beste Lösung der Frage eine Autonomie, durch die die volle Entwicklung des ukrainischen Lebens gesichert wird, das die Grundlage unseres staatlichen Baues für den Fall eines Krieges bzw. bei einem Zerfall der Sowjetunion wäre.“

Für den polnischen Staat, der in diesem Prozess als Ankläger auftritt, bedeutet diese politische Haltung der ukrainischen Ausgleichspolitiker eine psychologische Chance. Sie gibt ihm die Möglichkeit, zu behaupten, daß die Schuld an dem bisherigen Mißlingen einer Befriedung der nationalen Verhältnisse im östlichen Polen weder bei den verantwortlichen polnischen Stellen, noch bei der Masse der ukrainischen Bevölkerung, sondern einzig und allein bei jener Gruppe ukrainischer Nationalisten zu suchen sei, die jedes Bemühen um eine Annäherung mit Gewalt zu verhindern verjuchen. Demgemäß kommt es dem polnischen Ankläger in diesem Prozess darauf an, 1. einen Gegensatz zwischen den ukrainischen Nationalisten und der ukrainischen Bevölkerung glaubhaft zu machen und 2. die Idee eines selbständigen ukrainischen Staates dadurch moralisch zu kompromittieren, daß die Kampfmethoden der konsequentesten Befürworter dieser Idee als terroristisch und unethisch gekennzeichnet werden. (Daß sich bei diesem Verfahren vielleicht hin und wieder Vergleichs- mit den Kampfmethoden aufdrängen können, die im Wor-

Kriegsrußland von manchen revolutionären Kreisen — auch von politischen — gegen das herrschende Regime angewandt wurden, liegt nahe.) Die Antragschrift entspricht dieser Absicht. Sie greift über den dem Prozeß zugrunde liegenden Einzelfall, die Ermordung Pieraccis, hinaus und versucht, ein Bild von der Entfaltung, Arbeitsmethode und geistigen Haltung der Organisation der ukrainischen Nationalisten zu entwerfen, deren Weg sie als durch eine Kette von Attentaten, Ueberfällen und Brandstiftungen gekennzeichnet darstellt. Sie erwähnt auch die Verbindungen zwischen der OUN und gewissen ausländischen Kreisen und stellt hierbei u. a. als erwiesen fest, daß die litauische Regierung durch Zaunius, den früheren Außenminister, die ukrainischen Nationalisten mit Geld und solchen Pässen versorgt hat.

Die Ziele der OUN sind in einer umfangreichen, meist illegalen Literatur niedergelegt. Der 1. Kongreß der Ukrainischen Nationalisten Amerikas, der vom 30. August bis zum 2. September d. Js. in New York getagt hat, hat diese Ziele in einer Reihe von Entschlüssen noch einmal zum Ausdruck gebracht. In einer dieser Entschlüsse heißt es z. B.: „Der Kongreß erklärt feierlich, daß die ukrainische Nation alle internationalen Verträge (durch die das von Ukrainern bewohnte Gebiet unter vier Staaten, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, Rumänien und Polen, aufgeteilt wurde) als Dokumente einer rechtswidrigen Vergewaltigung und für sich unerblicklich ansieht. Sie wird mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die Aufhebung dieser Verträge bis zur Befreiung der fremden Okkupation aus den ukrainischen Gebieten

und bis zur Wiederaufrichtung des selbständigen geeinten ukrainischen Staates kämpfen . . . Solange die 45 Millionen zählende ukrainische Nation im Zustand fremder Knechtschaft lebt, kann keine Rede von einem dauernden Frieden in Europa sein. Die Verantwortung für jede mögliche Friedensstörung auf dem ukrainischen Territorium fällt auf jene internationalen Mächte zurück, die gegen den ausdrücklichen Willen des ukrainischen Volkes dessen Land in vier Teile aufgeteilt haben und gegen diese Aufteilung auch jetzt noch keinen Einspruch erheben . . . Der Kongreß ist der Meinung, daß die Feinde ihre größte Schlagkraft nicht durch ihre Staatsapparate und Heere erhalten, sondern darauf zurückzuführen können, daß es ihnen gelang, die sogenannten Verständigungsvereinen Gruppen und Parteien zu schaffen und dadurch die ukrainische Nation in ihrer inneren Einheit zu spalten. Diese verständigungswilligen Gruppen und Parteien bilden durch die scheinbar patriotischen Aufrufe, die sie an die politisch nicht genügend gesehulte Allgemeinheit erlassen, eine innere antinationale Front, die letzten Endes zusammen mit den Feinden des ukrainischen Volkes gegen die Befreiungsaktion kämpft, die unter der Leitung der OUN durchgeführt wird . . . Daß es zwischen dem politischen Staat und dieser Organisation, deren Stärke und Rückhalt in den ukrainischen Volksmassen sich schwer abschätzen läßt, die aber zweifellos alle anderen ukrainischen Gruppen in Heimat und Emigration an politischer Aktivität übertrifft, keinen Frieden geben kann, ist verständlich. Der Kampf geht auf Leben und Tod. Der letzte Warschauer Prozeß ist nur eine Etappe in diesem Kampf.

Die Danziger Wahlen sind gültig

Die oppositionellen Gruppen in Danzig hatten gegen die Volkstagswahlen vom 7. April d. Js. Einspruch erhoben. Ueber diesen Einspruch hat das Danziger Obergericht als die höchste Wahlprüfungsinstanz der Freien Stadt am 14. November entschieden. Die oppositionellen Gruppen hatten, als sie Einspruch gegen die Wahlen erhoben, gehofft, durch deren Ungültigserklärung die NSDAP kompromittieren zu können. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Das Obergericht hat nach langer, sorgfältiger Prüfung aller ihm vorgelegter Beschwerden die Gültigkeit der Wahlen festgestellt und lediglich unter Berücksichtigung einiger Mängel gewisse Korrekturen vorgenommen, durch die eine politisch belanglose Veränderung in der Zusammenlegung des Volkstages erforderlich wird. Das Obergericht hat die Zahl der für die NSDAP abgegebenen Stimmen um 10 804 auf 128 619 vermindert und die für die anderen Gruppen abgegebenen Stimmen wie folgt heraufgesetzt: Sozialdemokraten um 75 auf 37 804, Liste Penikowst 19 auf 7935, Zentrum um 54 auf 31 576, Liste Weiße um 17 auf 9822, Gruppe Pletich um 2 auf 375 und Polen um 17 auf 8311. Aus diesen Verschiebungen ergibt sich für die NSDAP vorwiegend der Verlust eines Mandates zugunsten einer der anderen Gruppen. Eine Veränderung des Kräfteverhältnisses im Volkstag ist damit nicht verbunden. Die NSDAP besitzt dort nach wie vor die sichere Mehrheit.

Das Wahlprüfungsgericht hat sich in der Begründung seiner Entscheidung ausführlich mit allen von den Gegnern der NSDAP vorgebrachten Beschwerden auseinandergesetzt. Die weit aus meisten Beschwerden sind vom Gericht als unbegründet und unerheblich zurückgemessen worden. Eine nach der Danziger Verfassung unzulässige Wahlbeeinflussung hat das Gericht jedoch darin erblickt, daß die Regierung Rundfunk und Post der nationalsozialistischen Propaganda zur Verfügung gestellt hat. Das Gericht hat ferner festgestellt, daß in einzelnen Fällen die nationalsozialistische Einstellung der Polizei und in einigen ländlichen Ortschaften die Anwendung wirtschaftlicher Mittel als unzulässig Beeinflussung der Wähler aufgefaßt werden könnten. Im übrigen aber ist das Gericht zu dem Schluß gekommen, daß die Zahl der Wähler, die sich

durch die gerügten Maßnahmen in ihrer politischen Entscheidung haben beeinflussen lassen, bei den Wahlen vom 7. April, bei denen sich durchaus klare Fronten gegenüberstanden, keineswegs erheblich gewesen ist, wie die Einspruchserheber es darzustellen versuchten. Das Gericht stellt in seiner Entscheidung schließlich folgendes fest: „Alles dies zusammen zeigt, daß nicht Verläufe so schwerer Art vorgekommen sind, daß deswegen die Ungültigserklärung der ganzen Volkstagswahl hätte in Erwägung gezogen werden müssen. Es kann vielmehr den Mängelrügen, soweit sie für begründet erachtet wurden, ausreichend Rechnung getragen werden dadurch, daß der NSDAP eine gewisse Zahl von Stimmen anbezogen wird, eine Methode, wie sie in der Praxis der Wahlprüfungskommissionen des Reichstags vor 1919 entwickelt und auch von sonstigen Wahlprüfungsgerichten angewendet worden ist.“ Demgemäß hat das Gericht auf dem Lande 10 v. H. und in den Städten 3 v. H. der für die NSDAP abgegebenen Stimmen als „unzulässig beeinflusst“ angesehen und die diesem Bombenbericht entsprechenden Stimmen von dem Gesamtresultat der gültigen Stimmen abgezogen. Eine Zuteilung der der NSDAP abgezogenen Stimmen auf die anderen Parteien ist vom Gericht als ungerühffertig abgelehnt worden. Die Zahl der für die oppositionellen Gruppen abgegebenen Stimmen hat sich lediglich um die wenigen, nachträglich für gültig erklärten Stimmen vermehrt. Das Ergebnis des vom Gericht nach mehrmonatiger eingehender Prüfung vorgenommenen Veränderungen am Ergebnis der Volkstagswahlen ist oben schon mitgeteilt worden.

Beite
Zaehnenner
berichten
im

Ostdeutschen
Heimattalender 1936

über den Osten

Preis bei Einzelbezug 0 90 RM., bei Bezug über die Ortsgruppen des Bundes Deutscher Osten 0 66 RM.

Ostland-Chronik

Drei Tage Streik in Ostoberschlesien

Am 21. November traten in Kattowitz die Betriebsräte der ostoberschlesischen Gruben- und Hüttenindustrie zu einer Besprechung zusammen, an der auch Vertreter der Koediere von Krakau und Dombrowa teilnahmen. Es wurde die Durchführung eines dreitägigen Streiks vom 25. bis 27. November beschlossen. Wie seinerzeit berichtet, war der am 22. September bereits einmal gefasste Generalfreistreibebeschluß rückgängig gemacht worden, nachdem es durch Vermittlung der Regierungsstellen gelungen war, neue Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in Gang zu bringen. An den damals eingesetzten paritätischen Ausschüssen sollte versucht werden, bis Anfang November eine Einigung über die Forderungen der Arbeitnehmer zu erzielen. Das ist nur teilweise gelungen. In der Urabstimmung und in der Frage der Sanierung der Knappschaftskasse konnte eine teilweise Übereinstimmung hergestellt werden. Auf die Hauptforderung der Arbeitnehmerorganisationen: Verlängerung der Arbeitszeit von 8 auf 9 Stunden bei gleichbleibendem Lohn sind die Arbeitgeberverbände jedoch nicht eingegangen. Um den Kampfwillen der Arbeiterschaft zu bekunden, wurde von der Betriebsrätekonferenz der erwähnte dreitägige Freistreibebeschluß mit der Ankündigung, daß für den Fall, daß in der Arbeitszeitfrage im Dezember keine weiteren Erfolge erzielt werden sollten, zum Generalfreistreibeaufgerufen werden solle. Der Freistreibestrik ist von den Beschäftigten nicht einheitlich durchgeführt worden. Den Arbeitern, die noch Verdienst haben, fehlt die für einen wirkamen Streik ausreichende Stoffkraft, da hinter ihnen Hunderttausende von Arbeitslosen stehen, denen u. U. jedes Mittel recht ist, zu einer Arbeitsstelle zu gelangen.

Ein polnisches See- und Kolonialinstitut

Die polnische „See- und Kolonialliga“ hat, dem „Dzien Pomorski“ vom 16. November zufolge, beschlossen, an die Organisierung eines See- und Kolonialinstituts heranzugehen. Das Institut soll den wissenschaftlichen und populär-wissenschaftlichen Teil des Programms der Liga verwirklichen. Ein händiges See- und Kolonialmuseum sowie eine Bibliothek, die dem Publikum zugänglich sein sollen, sollen den Hauptbestandteil des Instituts bilden. Dieses soll im übrigen die wissenschaftlichen Forschungen zur See und in den Kolonialgebieten organisieren und fördern, ferner wissenschaftliche Arbeiten herausgeben und allgemeinbildende und praktische Kurse z. B. für Farmer und Kolonialaufseute organisieren und wissenschaftliche Expeditionen zur See und in die Kolonien fördern. Das Projekt des Instituts hat Prof. Stanislaw Pawlowski bearbeitet, der Vorhänge des Polener Bezirks der See- und Kolonialliga, der die wissenschaftliche Leitung des Instituts übernehmen soll. Die Frage der Gründung des Instituts wurde dem Kultusminister Chyliniski vom Präsidenten des Hauptvorstandes der Liga, Dispositionsgeneral Gustaw Orlicz-Dreiser, unterbreitet.

Neue Wojewoden und Minister

Der polnische Staatspräsident hat den ehemaligen Ministerpräsidenten und Sejmarschal Oberst Smiatkowski zum Wojewoden von Krakau ernannt. Bis zur Regierungsumbildung hat der jetzige Innenminister Paczkiewicz diesen Posten inne gehabt. Mit der Ernennung zum Wojewoden ist für Smiatkowski der Verlust der Senatorenwürde verbunden. Für die Oberstengruppe bedeutet die Ernennung eines ihrer markantesten Mitglieder nach Krakau eine gewisse Schwächung ihrer Warschauer Position. Auch einige weitere Wojewodatsposten sollen neu besetzt werden. So heißt es z. B., daß Oberst Kostel-Biernacki, der bisherige Wojewode von Posen, durch den derzeitigen Chef der Minderheitenabteilung im Innenministerium, Suchanek, ersetzt werden soll. Die Abberufung Kostel-Biernackis von seinem polnischen Wojewodatsposten gehört schon seit langem zu den

Hauptforderungen der oppositionellen Parteien, die diesem Manne die Rolle nicht vergessen können, die er im Jahre 1930 in der Breslauer Affäre gespielt hat. Weiter heißt es, daß der prominenteste Wojewode Kritikkis abberufen werden und in Warschau einen anderen Posten übernehmen soll. — Auch in der Zusammenfassung der Regierung sollen binnen kurzem die schon seit einiger Zeit erwarteten Veränderungen eintreten. Es gilt als sicher, daß der Justizminister Michalowski zurücktreten wird. Sein Nachtritt würde gleichfalls einer Forderung der oppositionellen Parteien entsprechen; Michalowski ist als Substitut für die Breslauer Affäre verantwortlich gemeldet. Weiter soll die endgültige Besetzung des Innenrichters Chyliniskis veranlaßt werden, das vorläufig noch von Professor Chyliniski veranlaßt wird, bevorzugen. Als Kandidat wird in erster Linie der Professor der Warschauer Universität Josef Ujejski genannt.

Die polnischen Juden in Deutschland

Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphenagentur fand am 24. November in Berlin eine Verammlung des Verbandes der polnischen Juden in Berlin statt. An der Verammlung sollen über 1000 Personen teilgenommen haben, unter ihnen der polnische Konsul Kruczkiewicz. Die Verammlung sandte an den polnischen Staatspräsidenten Moscicki ein Huldigungstelegramm folgenden Wortlauts: „Die erste allgemeine Verammlung der polnischen Juden in Berlin legt hierdurch dem Staatsberhaupt ihre Verehrung zu Füßen. Wir halten uns außerhalb des Landes auf, bleiben aber den Idealen und Lieberlieferungen der polnischen Juden treu, deren Taten in der Geschichte Polens und des jüdischen Volkes ehrenvoll verzeichnet stehen. Wir hegen die Hoffnung, daß unsere Arbeit dem Wohlstand der Republik Polen und dem mit ihr verbundenen jüdischen Volke dienen wird.“ Moscicki wird die Ehrengabe, die ihm hier zuteil geworden ist, zu würdigen wissen.

10 Jahre deutsches Privatgymnasium in Rybnitz

Das deutsche Privatgymnasium in Rybnitz (Ostoberschlesien) konnte vor kurzem auf sein 10jähriges Bestehen zurückblicken. Die ersten Anfänge des Gymnasiums reichen bis in den September 1922 zurück. Damals wurde in den Räumen einer privaten höheren Mädchenschule der Unterricht mit 107 Schülern und 5 Lehrkräften begonnen; und zwar mußte der Unterricht, da die Räume noch anderweitig benutzt wurden, an den Nachmittagen abgehalten werden. Nach drei Wochen wurde der Schulbetrieb jedoch „wegen ungenügender hygienischer Verhältnisse“ von der Polizeibehörde geschlossen. Es wurden darauf einige Räume des ehemaligen jüdischen Waisenhauses gemietet. An demselben Tage jedoch, an dem dort der Unterricht begann, wurden die Räume vom Rybnitzer Wohnungsamt beschlagnahmt. Dann bestand, weil keine geeigneten Räume aufgetrieben werden konnten, anderthalb Jahre lang überhaupt keine Möglichkeit, den deutschen Unterricht fortzuführen. Am 5. Mai 1924 endlich wurde in den von der Wojewodatsrat zur Verfügung gestellten Räumen des Staatsgymnasiums die deutsche höhere private Knaben- und Mädchenschule mit 143 Schülern und 5 Lehrkräften eröffnet. Unterricht konnte dort wiederum nur an den Nachmittagen abgehalten werden. Am 9. Oktober 1924 berietete die Schulkonferenz, der Nachmittagsunterricht konnte natürlich kein Dauerzustand bleiben. Und so entschloß sich der deutsche Bezirksschulbezirk, nachdem die notwendigen Mittel durch private Stiftungen bereitgestellt waren, zum Bau eines eigenen Schulgebäudes. Am heutigen Tage haben die ersten Arbeiten begonnen. Das Schuljahr 1925/26 konnte bereits im eigenen Hause mit 346 Schülern eröffnet werden. Im Frühjahr 1926 wurde ein Schulgarten angelegt. In den folgenden Jahren demegte sich die Schülerzahl zwischen 250 und 350. Durch die Schulreform, in deren Zuge die beiden unteren Klassen abgebaut werden mußten, sank die Zahl schließlich auf 132. Am

Jahre 1928 konnte die erste Reifeprüfung stattfinden. Rund 1000 Schüler haben bis jetzt die Anstalt besucht, etwa 50 Schüler haben bisher die Reifeprüfung bestanden. Im Januar 1935 konnte die neu erbaute Turnhalle, an die sich eine Haushalts- und Kleinkinderschule anschließt, der Benutzung freigegeben werden.

„August der Starke“

Nach dem Chopin-Film „Abschiedswalzer“, der die durch den Gewaltverzichtspakt eingeleitete Entspannung zwischen Deutschland und Polen auf das filmische Gebiet zu übertragen versuchte, ist jetzt ein neuer Film im Entstehen, der als deutsch-polnische Gemeinschaftsleistung gedacht ist. Paul Wegener führt die Regie. Die Hauptgestalt ist August der Starke, Kurfürst von Sachsen und König von Polen, dargestellt von Michael Bohnen. Neben Hil Dagover und Marie Luise Gaudius werden auch polnische Schauspielerinnen in den weiblichen Rollen dieses Großfilms auftreten: Woda Halama, die Primaballerina der Warschauer Oper, und Tamara Wisniewska, eine 16jährige, bisher völlig unbekannte Darstellerin, die Paul Wegener zufällig in Warschau entdeckte und vom Fleck weg engagierte. Das polnische Nationalmuseum hat sich für die historisch getreue Ausgestaltung der Kulissen und Langszenen und der Kostüme zur Verfügung gestellt.

Judenfeindliche Studentenverbindungen in Polen

Wie in einer ganzen Reihe anderer Staaten, so haben sich in letzter Zeit auch in Polen wieder judenfeindliche Kumbgebungen der akademischen Jugend ereignet. An den vier Warschauer Hochschulen mußten um weitere Unruhen zu verhindern, die Vorlesungen zeitweilig eingestellt werden. Der Vertreter des Kultusministeriums kündigte in einer Predigtung der Hochschullektoren an, daß im Falle einer Wiederholung der Kumbgebungen die Hochschulen geschlossen würden, so daß sich alle Studenten bei ihrer Wiedereröffnung neu immatrikulieren müßten. Die Studentenenschaft der Technischen Hochschule in Warschau stellte folgende Forderungen auf, deren Erfüllung geeignet sein soll, die Ruhe an der Hochschule wiederherzustellen: 1. Verringerung der Unterstützungen und Stipendien für jüdische Studenten auf einen Bombendertel, der dem Verhältnis der jüdischen zur polnischen Bevölkerung entspricht. (Bisher wurde dieser Bombendertel aus dem Verhältnis der jüdischen zu den polnischen Studenten errechnet.) 2. Anweisung von abgeordneten Plätzen für die jüdischen Studenten in den Vorlesungssälen. 3. Einrichtung besonderer Zeichenkäse und besonderer Lebungsgruppen für die jüdischen Studenten. — Die Forderungen der Studenten sind abgelehnt worden.

Auch an den anderen polnischen Hochschulen ist es zu judenfeindlichen Kumbgebungen der polnischen Studenten gekommen. In Lemberg haben die polnischen Studenten am 23. November die jüdischen Studierenden aus dem Universitätsgebäude hinausgeworfen. In Polen hat der Rektor der Universität den jüdischen Studenten, nachdem sich einige Zusammenstöße ereignet hatten, den Rat gegeben, sich vorerst nicht mehr in den Universitätsgebäuden sehen zu lassen, da sonst weitere Unruhen zu befürchten und die Schließung der Universität unvermeidlich sein würde. (Rebenheim bemerkt, erscheint seit kurzem in Polen eine in polnischer und jiddischer Sprache gedruckte Zeitung unter dem Namen „Kotler Schittum“; sie ist das Organ der aus dem östlichen Polen nach Polen eingewanderten Juden und hat es sich zur Aufgabe gemacht, deren nationale, wirtschaftliche und politische Interessen gegenüber den antisemitischen Strömungen unter den Polener Juden zu verteidigen.)

Anlässlich einer Trauerfeier für den vor einem Jahr bei ähnlichen Unruhen in Wilna ermordeten polnischen Studenten Wlaczowski hat ein großer Teil der polnischen Studenten der Universität in Krakau eine Entschlieung gefasst, in der insbesondere die polnische Jugend aufgefordert wird, in den wirtschaftlichen Kampf desudentums in vollem Umfang fortzuziehen. 2. nach dem Zusammenstoß der gesamten polnischen Jugend zur Abwehr desudentums zu streben, 3. ein unbedingtes Verbot der Hochschul für die akademische Jugend gegenüber demudentum einzuführen, 4. in nächster Zeit den Verparagrafen in den wenigen akademischen Verbindungen durchzuführen, die ihn noch nicht eingeführt haben, sowie alle Verbindungen zu bekämpfen, die das nicht tun, 5. den numerus clausus für die Juden an allen Fakultäten durchzuführen und die Juden allmählich von den polnischen Universitäten gänzlich zu entfernen, 6. die Restriktionierung jüdischer Auslandsdiplome nicht mehr vorzunehmen, 7. bei der Erstellung von Stipendien und Darlehen und bei der Anstellung von Ausweisen den numerus clausus unbedingt zur Anwendung zu bringen.

Wettbewerb für ein „Ostpreußen-Zeichen“

Der Landeserzherzog von Ost- und Westpreußen E. B. veranstaltet mit Zustimmung des Oberpräsidenten und der Landesstelle des Reichspropagandaministeriums einen Wettbewerb mit dem Ziel, ein sinnvolles Ostpreußen-Zeichen zu schaffen, das für jede Art der Werbung benutzt werden kann: Zur Verlebung von Anzeigen, für Kofferlebesetzer oder als Anstecknadel. Besonders wünschenswert wäre es, wenn das ostpreußische Werbezeichen schwerer auch aus Bernstein hergestellt werden könnte (als Anstecknadel). Das Zeichen muß, wie etwa der Eisch oder das Ordenskreuz, sofort und zwangsläufig den Gedanken an Ostpreußen wachrufen.

„Die gegenseitigen Mißverständnisse schwinden“

Vor einigen Monaten richtete General Gorceki an den französischen Frontkämpferverband einen offenen Brief. Unter Nachahmung des von deutscher Seite gegebenen Beispiels, einer politischen Annäherung zwischen zwei Staaten durch eine Fühlungnahme der Frontkämpfer beider Parteien die Wege zu ebnen, suchte er damals, halb erklärend, halb um Entschuldigung bittend, in den Kreisen des französischen Frontkämpferverbandes um Verständnis für die dem Quai d'Orsay unbecome Außenpolitik Polens zu werben. Damals trat General Gorceki nur als Vorhänger der Vereinigten Verbände der polnischen Waterlandverteidiger auf. Seine Aktion spielte sich nur am Rande der großen Politik ab. Ob sie im Sinne des Obersten Beck, des Leiters der offiziellen Außenpolitik Polens, lag, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls blieb sie ohne merkwürdige Wirkung. Aber als Gorceki dann bei der letzten Regierungsumbildung um polnischen Staatspräsidenten zum Handelsminister ernannt wurde, erinnerte sich die mit der Außenpolitik des Obersten Beck unzufriedene Presse Polens und Frankreichs, in freudiger Erwartung kommender

Dinge, seiner Bemühungen um eine Wiederannäherung Polens an Frankreich.

Diese Erwartung hat nicht getrogen. Am 17. November fand in Warschau der 7. Delegiertenkongreß der Vereinigten Verbände der polnischen Waterlandverteidiger statt. An dem Kongreß nahm auch eine starke Abordnung französischer Frontkämpfer teil. Sie wurden u. a. auch vom polnischen Staatspräsidenten empfangen. Gemeinsam mit den französischen Delegierten nahmen die polnischen Teilnehmer des Kongresses folgende Entschlieung an: „Die Vertreter der großen Verbände der ehemaligen Frontkämpfer Frankreichs und Polens stellen mit Befriedigung fest, daß die gegenseitigen Mißverständnisse im Schwinden begriffen sind, und daß sich die Beziehungen zwischen Frankreich und Polen bessern. Weiter stellen sie die unumgängliche Notwendigkeit einer Festigung des polnisch-französischen Bündnisses fest, das gestützt auf die traditionelle Freundschaft der beiden Länder, eine der wirksamsten Garantien der Sicherheit und des Friedens ist.“ Diese Entschlieung ist

Keine nebenfächliche Geste. Sie drückt nicht bloß den Wunsch nach einer Wiederannäherung aus, sondern stellt die Tatsache dar, daß sich bereits vollziehende Wiederannäherung fest.

Am 15. November wurde in Paris von den Vertretern der polnischen und der französischen landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen, den Senatoren Judakowski und Faure, ein Protokoll unterzeichnet. Das Protokoll ist das Ergebnis von Verhandlungen, die bereits vor Monaten in Warschau aufgenommen und nach der Regierungsumbildung in Paris fortgesetzt wurden mit dem Ziel, die Möglichkeiten einer Steigerung des französisch-polnischen Austausches von landwirtschaftlichen Produkten zu klären. Es sieht u. a. eine vermehrte Ausfuhr französischer Weine nach Polen und polnischer Agrarprodukte, wie Hammelfleisch, Schlachtpferde, Erbsen, Bohnen und Kartoffeln, nach Frankreich vor. Die beiderseitigen landwirtschaftlichen Organisationen werden ihren Regierungen entsprechende Vorschläge unterbreiten. In Warschau glaubt man in dem Protokoll einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur normalen Gestaltung der polnisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen zu Frankreich erblicken zu dürfen.

Der französische Politiker in Warschau hat der polnischen Regierung mitgeteilt, daß seine Regierung die Auswirkungen der polnischen Arbeiter aus Frankreich eingestuft hat. Diese Maßnahme ist noch als eine freundschaftliche Geste gegenüber Polen gedacht. Lebrigens kann die französische Regierung sehr leicht auf die Ausweisung der zur Zeit noch in Frankreich lebenden polnischen Arbeiter verzichten, nachdem sie durch ihre Maßnahmen etwa eine halbe Million polnischer Arbeiter zur Rückkehr in ihre Heimat gezwungen hat, und sie überdies erwarten kann, daß die soziale Verelendung die noch in Frankreich zurückgebliebenen Polen auch ohne ausdrücklichen Zwang zur Rückwanderung veranlassen

wird. Von den 600 000 polnischen Arbeitern, die es 1930 in Frankreich gab, befinden sich dort heute vielleicht noch 100 000.

Der polnische Schriftsteller Jan Wiktor hat in einem Roman unter dem Titel „Die Weiben an der Seine“ die Schicksale seiner Landsleute in Frankreich geschildert. Es kommt dem Verfasser darauf an, die tiefgehenden Verschiedenheiten des französischen und des polnischen Geistes zu zeigen. Bis Versailles war die Auswanderung nach Frankreich lediglich eine Angelegenheit der gebildeten polnischen Schichten. Erst nach Versailles kam mit der Massenauswanderung polnischer Arbeiter in das Land des westlichen Verbündeten auch das polnische Volk zu einer Berührung mit Frankreich. „Nun sollte sich die Freundschaft bewähren. Aber diese Begegnung scheiterte. Sie mußte scheitern, denn eine Welt trennt den Westen vom Osten.“ Von den polnischen Arbeitern, die aus Frankreich zurückkommen, sagt Jan Wiktor in seinem Roman: „Die einen bringen aus dem Westen gefährliches Saatgut mit. Sie bereiten dem roten Osten den Boden. Den anderen aber wird man nicht mehr wie einst unter nationaldemokratischer Führung Franzosenfreundschaft predigen können. Jeder Rückwanderer ist ein Feind des französischen Volkes und des Westens und trägt diese Einstellung von Hütte zu Hütte, in weiteste Kreise des polnischen Volkes. So erlebt das polnische Volk, was das deutsche Volk erlebt hat, — die Abkehr vom Westen.“ — Allerdings sieht das nur in einem Roman...

Zur Zeit hält sich ein besonders einflußreicher französischer Politiker, Senator de Monzie, in Polen auf, um im Sinne einer Wiederannäherung Polens an Frankreich tätig zu sein. Einem Vertreter des Krafauer „Austr. Kur. Codz.“ gewährte de Monzie eine Unterredung, in der er u. a. sagte: „Frankreich und Polen lieben sich weiterhin; darüber bestehen auch nicht die geringsten Zweifel. Weniger geräuschvoll aber ist, ob sie sich auch gegenseitig gut verstehen.“

Die Auslandstschechen und -slowaken in Europa

In der Monatschrift „Nation und Staat“ (Mai, Juni, September und Oktober 1935) veröffentlicht Dr. Walter Wach-Prag eine umfangreiche Uebersicht über das „Auslandstschechentum“. Die Arbeit stützt sich als erste Uebersicht dieser Art, die von deutscher Seite aufgestellt worden ist, fast ausschließlich auf tschechische Quellen. Die gebotenen Zahlen sind daher, wo sie nicht durch Angaben von anderer Seite kontrolliert werden können, mit Vorbehalt aufzunehmen. Nachstehende Mitteilungen, die sich auf die Auslandstschechen und -slowaken in den europäischen Ländern beschränken, stützen sich auf die Arbeit Dr. Wachs.

Den 9% Millionen Tschechen und Slowaken, die die letzte Volkszählung von 1930 festgestellt hat, sollen etwa 2% Millionen Tschechen und Slowaken im Ausland (in Europa und Uebersee) gegenüberstehen. Von den Auslandsgruppen anderer Völker, insbesondere des deutschen Volkes, unterscheidet sich das „Auslandstschechentum“ in mehrfacher Hinsicht. Da das tschechische Volkstum fast nirgends bis an die Grenzen des tschechischen Staates heranreicht, gibt es auch keine Grenzlandtschechen bzw. -slowaken, wie es etwa ein Grenzlanddeutschum rings um die Grenzen des Reiches herum gibt. Weiter sind die tschechischen und slowakischen Volksgruppen im Ausland fast durchweg verhältnismäßig jungen Datums. Nur ganz vereinzelt Volkssplitter im Ausland reichen mit ihrem Ursprung in das 18. Jahrhundert zurück. Das Verhältnis der tschechischen und slowakischen Auslandsgruppen zueinander ist in den einzelnen Siedlungsgebieten sehr stark voneinander verschieden: Es kommt vor, daß Tschechen und Slowaken im Ausland fast wie eine einheitliche Volksgruppe miteinander leben, es kommt aber auch vor, daß sie sich mehr oder weniger scharf von einander getrennt halten oder einander gar feindselig gegenübersehen. In der Statistik wird, soweit sie von tschechischer Seite stammt, möglichst kein Unterschied zwischen Tschechen und Slowaken gemacht; von tschechischer Seite ist man ängstlich be-

müht, wie dabei, so auch draußen die Fiktion einer „tschechoslowakischen Nation“ aufrechtzuerhalten. Schließlich ist noch auf die Bedeutung hinzuweisen, die Auslands-tschechen und -slowaken in der Zeit der Staatenlosigkeit für die politische Arbeit und kulturelle Entwicklung der Völkern offen in der Heimat gehabt haben. Seitdem es einen tschechischen Staat gibt, hat das Auslandstschechentum diese Bedeutung fast gänzlich eingebüßt. Dagegen spielt das Auslandslowakenatum auch heute noch als ein die Heimat politisch und kulturell stützendes Element eine recht bedeutende Rolle.

Die bedeutendsten auslandstschechischen bzw. -slowakischen Gruppen in Europa siedeln im Bereich der alten Doppelmonarchie. Die wichtigste Gruppe unter diesen wiederum ist die in Deutsch-Österreich. Nach der Volkszählung von 1923 gibt es dort etwa 79 000 Tschechen und rund 2000 Slowaken, nach tschechischen Angaben zusammen etwa 100 000 Seelen. Der meilichste größte Teil von diesen lebt in Wien, das einige fünf tschechisch durchsetzte Stadtteile aufweist. Kleine Gruppen sitzen in Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark. Es handelt sich zum größten Teil um Arbeiter, die in der Hauptsache erst während der letzten Vorkriegsjahrzehnte durch die Industrialisierung herangezogen wurden, in Wien vielfach auch um Kleinhandwerker und Kleingewerbetreibende mit einer dünnen Intelligenzschicht. Die Wiener Tschechen (und Slowaken) sind in zahlreichen Vereinen aller Art organisiert, — überorganisiert, wie auch von tschechischer Seite gesagt wird. Im Jahre 1930 gab es über 300 tschechische Vereine und Bereinigungen, mit den Zweigstellen über 600. Die meisten Vereine der Wiener Tschechen gehören der sog. „aterländischen Front“ an, in der sich alles zusammengefunden hat, was es für rassem hält, die Regierung Schuldnigg in ihrer reichsfeindlichen Politik zu unterstützen. Die Spitzenorgani-

fation aller tschechischen Vereine ist der 1923 ins Leben gerufene „Menšinová rada“ („Minderheitenrat“). Die Tschechen in Österreich besitzen das bestausgebildete Zeitungswesen aller auslandstschschischen Gruppen, zwei Tageszeitungen, zwei katholische Blätter und 18 Zeitschriften kulturellen und sonstigen Inhalts. (Dazu kommen noch einige deutschsprachige Blätter in Wien, die von Prager Stellen abhängig sind.) Die Wiener Filialen tschechischer Banken und eine ganze Reihe tschechischer Spar- und Gewerbetassen bilden das finanzielle Rückgrat der Volksgemeinschaft. Auch das Schulwesen ist gut ausgebaut. Im Schuljahr 1933/34 gab es 9 öffentliche tschechische Volksschulen mit rund 700 Schülern. Wichtiger ist das private Schulwesen, das vom „Romengst-Berein“ unterhalten wird. In privaten Schulen waren 1933/34 vorhanden: 12 Kindergärten mit fast 900 Kindern, 6 Volksschulen mit 680 Kindern, 6 Bürger Schulen mit 1383 Kindern, 1 Realgymnasium und eine Realschule mit zusammen 210 Schülern, 1 Handels- und 1 Frauenschule mit zusammen 210 Schülern, ferner 2 slowakische und 9 tschechische Sprachkurse in Niederösterreich. Inner vier wichtigerer kulturellen Einrichtungen des Tschechentums in Österreich sind noch eine Zentralbibliothek in Wien mit über 60 000 Bänden, Velehallen usw. zu erwähnen. Die rechtliche Stellung der Tschechen und Slowaken österreichischer Nationalität ist geregelt durch den Minderheitenschutzvertrag von 1919 und durch verschiedene verfassungsrechtliche Bestimmungen, und der Tschechen mit dem Vertrag zwischen Österreich und der Tschechien vom 7. Juni 1920, der durch das Karlsbader Protokoll vom 23. August des gleichen Jahres ergänzt worden ist.

Die Zahl der Tschechen und Slowaken in Ungarn wird von tschechischer Seite auf über 200 000 Seelen geschätzt. Die ungarische Volkszählung von 1930 weist 105 600 Slowaken und 5000 Tschechen aus, davon etwa 10 000 tschechoslowakische Staatsangehörige. Daneben gibt es nach der ungarischen Statistik noch 240 000 Magyaren, die die slowakische Sprache beherrschen, von denen man unter Berücksichtigung der bekannten ungarischen Minderheitenpolitik wohl einen erheblichen Teil noch der slowakischen Volksgruppe zuweisen kann. Die Slowaken leben vor allem in Südbistritz, Mittel- und Nordungarn, sie sind fast durchweg Bauern wenig Arbeiter und Handwerker. Die kulturelle Lage der Slowaken in Ungarn ist schlecht. Der Minderheitenschutzvertrag wird von der ungarischen Verwaltung kaum respektiert. Im Schuljahr 1931/32 gab es 55 gemischte Schulen mit slowakischer und ungarischer Unterrichtsprache mit etwa 10 000 Kindern. In etwa drei Dutzend Gemeinden gibt es slowakische Predigten. Die Presse ist nur durch ein tschechisches Monatsblatt vertreten. In Budapest erscheint ein von der ungarischen Regierung ausgegebenes Blatt in slowakischer Sprache. Slowakische Vereine gibt es nicht.

Die Angaben über die Zahl der Tschechen in Polen gehen weit auseinander. Tschechische Autoren sprechen von 50- bis 60 000 Tschechen in Polen. Ein tschechischer Autor schätzt sogar allein in Wolhynien 100 000 Tschechen, während die polnische Statistik dort nur 25 000 feststellt haben will. Slowaken gibt es in Polen nur in geringer Zahl an der Drawa in den Westbestiden nahe der Grenze. Die Tschechen in Polen sehen sich, wenn man von den städtischen Kolonien in Warschau, Łódź, Krakau, Lublin usw. abieht, aus zwei verschiedenen Gruppen zusammen. In der Łódźer und Beirrauer Gegend (um Żelazno und Kucowo) wohnen in Wolhynien in Groß- und Klein-Labor, in Midaiowita und Witroin) sehen die nachkommen religiöser Emigranten aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Eine zweite Gruppe von Tschechen ließ sich in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Wolhynien nieder. Beide tschechische Einwanderungsbewegungen gingen neben entsprechenden größeren deutschen Bewegungen einher. Die wichtigere dieser Gruppen ist die in Wolhynien, die durch die Kriegerereignisse und die Nachkriegsentwicklung allerdings an ihrem wirtschaftlichen Standab und durch die Abwanderung (besonders nach

Kanada) an ihrem Volksbestand schwere Einbußen erlitten hat. Die kulturelle Lage der Tschechen in Polen ist unbefriedigend. Kein tschechische Schulen gibt es überhaupt nicht. In etwa 30 öffentlichen Schulen Wolhynien wird außer in tschechischer auch in polnischer oder ukrainischer Sprache unterrichtet. In Polen gibt es eine öffentliche Schule mit tschechischer und polnischer Unterrichtsprache. Außerdem sind noch einige polnische Schulen vorhanden, in denen auch tschechischer Sprachunterricht erteilt wird. Die „Ceska Matice Skolska“ („Tschechische Schulumutter“) in Łódź unterhält 13 Privatschulen. Slowakische Schulen gibt es in Polen nicht. Die kirchliche Betreuung der Tschechen liegt fast durchweg in den Händen polnischer katholischer, protestantischer oder ukrainisch-orthodoxer Geistlicher. Die tschechischen Brüder dagegen werden aus Ösmühl mit tschechischen Predigern versorgt. Den Lehrgangswesen etwa 50 tschechischen Vereinen in Polen steht eine Zentralorganisation, deren Aufgabe z. T. von der „Tschechischen Schulumutter“ in Łódź erfüllt wird. Gut ausgebildet ist das Turnwesen der Tschechen, das dem Prager Verband der Auslandstoten „Křesťanský ústav“ (Křesťanský ústav) untersteht.

Zeitschrift in Warschau bzw. in Krakau gibt die polnische Regierung noch eine tschechischsprachige Zeitung heraus. Die Rechtslage der Tschechen in Polen ist vor allem durch den tschechisch-polnischen Vertrag vom 23. April 1925 geregelt.

In Südbistritz wurden durch die amtliche Volkszählung von 1931 rund 140 000 Tschechen und Slowaken festgestellt, die sich in verschiedenen Gruppen über die nördlichen Landesteile Südbistziens verteilen. An überwiegend Wehrfähig handelt es sich hierbei um Slowaken. In härteren Gruppen leben diese in der Batscha (in der Nähe von Reuaj) mit dem Mittelpunkt Petrowe, im Banat (in der Nähe von Belgrad) mit dem Mittelpunkt Kosowia, in Serbien (überwiegend von Reuaj) mit dem Mittelpunkt Alt-Pogara, sowie in den slawonischen Bezirken Broduica, Pozeega und Bjeleovar-Kreuz. Nämlich weit getrennt von diesen Gruppen leben auch noch in Bosnien einige tausend Tschechen und Slowaken. Stärkere tschechische Stadtkolonien gibt es in Belgrad und Gram. Die Anhaltungen in der Batscha und im Banat gehen auf das erste, die in Kroatien-Slawonien auf das letzte Viertel des vergangenen Jahrhunderts zurück. Ueberwiegend leben sich vor allem die Slowaken aus Bauern und Landarbeitern zusammen. Die tschechischen Hoffnungen, daß die Serben den Angehörigen des politisch befreundeten Volkes eine freie kulturelle Entwicklung gähten würden, haben sich nur in geringem Ausmaß erfüllt. Das Schulwesen hat unter mancherlei Beschränkungen zu leiden. In Petrowe besteht ein slowakisches Gymnasium; die Errichtung eines tschechischen Gymnasiums ist nicht gelungen. Das Selbstleben der Tschechen und Slowaken in Südbistritz wird auf ausgebildet. Auch das Betriebswesen ist stark entwickelt. Es besitzt in der „Ceskoslovenský svaz“ in Belgrad keine Zentralorganisation, in der Tschechen und Slowaken (sowohl tschechoslowakischer wie südbistritzischer Staatsangehöriger) zusammengeschlossen sind. Auch das Pressewesen ist gut entwickelt; es erscheinen 5 slowakische bzw. tschechische Blätter. Das führende Blatt, die „Národní Jednota“ wird von der mit Hilfe amerikanischer Slowaken gegründeten Buch- und Verlagsgesellschaft in Petrowe herausgegeben. Die rechtliche Lage der Tschechen und Slowaken in Südbistritz ist seit der Aukertraktierung der Verfassung im Jahre 1929 formalrechtlich geregelt. Eine gewisse Sicherung des kulturellen Lebens der Volksgemeinschaft bieten die Deklarationen vom November 1929 und Januar 1930, die einige Bestimmungen über die tschechoslowakisch-südbistritzische Annäherung auf dem Gebiete des Schulwesens, der Wissenschaft, der Kunst usw. enthalten.

In Rumänien gibt es schätzungsweise 60 000 Tschechen und Slowaken, darunter einige tausend tschechoslowakische Staatsangehörige. Slowakische Bauern leben im Banat und im Arader Gebiet, gestreut auch im Siebenbürgischen Erzgebirge und in der Butowina. Die Tschechen leben hauptsächlich

im Banat und in Bessarabien. Mehr oder weniger starke Kolonien gibt es auch in den größeren Städten, vor allem Bukarest und Ploesti. Die ältesten slowakischen Siedlungen im heutigen Rumänien gehen in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts zurück. Das Schulwesen ist spärlich entwickelt: Es gibt je sieben Volksschulen mit slowakischer und tschechischer Unterrichtssprache mit zusammen etwa 2800 Kindern. Schiedt ist es um das Vereinsleben der weit zerstreuten Gruppen bestellt. Viele Gemeinden besitzen überhaupt keine Organisation. Eine zentrale Organisation ist nicht vorhanden. Die einzige slowakische Zeitung hat sich nicht behaupten können. Den katholischen Slowaken und Tschechen Rumäniens fehlt ein nationaler Priesterstand fast vollkommen. Die evangelischen Slowaken sind mit der deutschen sächsischen Landeskirche zusammengelassen, in der ihnen ein besonderes slowakisches Seniorat eingeräumt ist. Die rechtliche Lage der Volksgruppen ist in der Verfassung vom März 1923 geregelt.

In Bulgarien gibt es kaum 3000 Slowaken und Tschechen. Einige slowakische Bauernsiedlungen gibt es im Kreise Plewna südlich der Donau, die im Jahre 1898 vom Banat und der Banatska aus gegründet wurden. Bei Prahovo und Trnova haben sich im Jahre 1900 bzw. 1912 in zwei Dörfern tschechische Auswanderer niedergelassen. Die kulturelle Entwicklung der Volksgruppen ist frei und unbehindert. Sie dürfen Privatschulen jeder Art ohne Bindung an den staatlichen Schulplan gründen. Es gibt zwei Volks- und eine Bürgerschule mit tschechischer Unterrichtssprache, außerdem vier Ergänzungsschulen (dabei drei mit slowakischer Unterrichtssprache). Eine eigene Presse ist nicht mehr vorhanden. Das örtliche Zentrum ist das Nationalhaus „I. G. Masaryk“ in Sofia, in dem eine tschechische Privatschule untergebracht ist und mehrere Vereine ihren Sitz haben. In der Banatschauptstadt wohnen etwa 1000 Tschechen und Slowaken, die aber wohl nur zum geringen Teil bulgarische Staatsangehörige sind.

In der Sowjetunion haben nach der Volkszählung von 1926 etwa 27 000 Tschechen (und Slowaken) gewohnt, Bauern und Arbeiter. Es gab tschechische Siedlungen in der Ukraine (besonders Wolhynien), im Schwarzmeergebiet und in der Krim, im Kaukasus, in Turkestan und in Sibirien. Die politisch große Zeit der dortigen Tschechen war der Weltkrieg, als sie ihre Regionen aufstellten, die eine der Keimzellen der tschechischen Auslandsrevolution wurden. Was heute noch an Tschechen in der Sowjetunion vorhanden ist, läßt sich nicht feststellen. Das tschechische Kulantentum ist ebenso wie das deutsche vernichtet.

Eine besondere Stellung unter den auslandstschekischen bzw. slowakischen Gruppen nehmen die in den westeuropäischen Staaten ein. Weder ihrer Zahl noch der Art ihrer Niederlassung nach sind sie als bodenfähige Volksgruppen zu bezeichnen. Um so größer aber ist, besonders während des Weltkrieges, ihre politische

Bedeutung für die Heimat gewesen. Die etwa 50 000 Tschechen und Slowaken in Frankreich sind größtenteils erst während und nach dem Krieg dorthin gekommen und bis vor einiger Zeit gumeist aus tschechoslowakische Staatsbürger geblieben. Sie üben in überwiegend Wehrhaft städtische und industrielle Berufe aus, sind namentlich im Pas de Calais und in Paris, in sehr geringer Zahl auch in Mittel- und Südfrankreich als Berg- und landwirtschaftliche Arbeiter, als Bau- und Fabrikarbeiter (besonders in der Metall- und Glasindustrie) beschäftigt. In Paris hat sich auch ein kleiner tschechisch-slowakischer Mittelstand aus Gewerbetreibenden, Kaufleuten und Privatbeamten mit einer kleinen Intelligenzschicht gebildet. In Paris besteht ein Unterstützungs- und Wohltätigkeitsverein, der unter dem Vorhild des jeweiligen tschechoslowakischen Befandten steht. Außer einer Volks- und einigen Ergänzungsschulen hat sich in Frankreich kein tschechisches Schulwesen entwickeln können. Ueber kurz oder lang werden die Zuzwanderer im Franzosentum aufgeben oder zurückwandern. Die örtliche Presse ist lediglich durch eine kleine slowakische Zeitschrift vertreten. Das Vereinswesen ist nur schwach entwickelt.

In der Schweiz gibt es etwa 3000 Tschechen und Slowaken mit gut ausgebildetem Vereinswesen und einer eigenen Zeitschrift. Die Ausgaben über die Stärke der Tschechen und Slowaken in Belgien schwanken zwischen 1000 bis 10 000 Seelen. In Italien werden etwa 2000, in England knapp 1000, in den nordwesteuropäischen Staaten etwa 800 Tschechen und Slowaken gezählt, davon etwa die Hälfte in Litauen. Die Zahl der Tschechen in Deutschland wird von tschechischer Seite mit 40- bis 50 000 angegeben. Dabei werden jedoch die, ähnlich wie die Hulsflüchtlinge, noch ihre besondere Mundart sprechenden Bewohner einiger Dörfer in der Braßauert Gegend, bei Ratibor, Oppeln und Strahlen Burgenland als Tschechen bezeichnet, obwohl sie niemals den Wunsch gehabt oder gar geäußert haben, mit den Tschechen in irgendeine Verbindung gebracht zu werden. Wirkliche Tschechen gibt es in Deutschland wohl einige tausend, die in Berlin, Leipzig und in anderen Städten wohnen und größtenteils tschechoslowakische Staatsangehörige sind. Eine tschechische Volksgruppe gibt es also im Deutschen Reich nicht.

Demnach gibt es in den europäischen Staaten noch den tschechischen Hochschätzungen insgesamt etwa 700 000 Auslandstschekischen und Slowaken. Die Slowaken sind an diesen Auslandsgruppen zahlenmäßig stärker beteiligt als die Tschechen. Weit überwiegend legen sich die Gruppen in Ungarn, Südslawien und Rumänien, ebenso in Bulgarien und Litauen, aus Slowaken zusammen, während die Tschechen in den Gruppen in Desterreich, Polen und der Sowjetunion, wohl auch in den westeuropäischen Staaten, weitaus überwiegen.

Arbeitsstagung des BDD in Bomst

Am 24. und 25. November veranstaltete der Bund Deutsch Osten eine seiner Arbeitsstagungen in dem dicht an der Grenze gelegenen Bomst. Die Tagung war der Erörterung drängender Siedlungsfragen gewidmet. Neben den Landes- und Untergruppenleitern, mehreren grenznahen Ortsgruppenleitern und Beauftragten des BDD sowie den Leitern der heimatvertriebenen Ortsverbände nahm an der Tagung eine ganze Reihe von Vertretern verschiedener an Siedlungsfragen interessierter Amts- und Parteistellen teil. Der Bundesleiter Vg. Prof. Dr. Oberländer eröffnete die Tagung mit einem grundlegenden Vortrag über die Siedlung in den osteuropäischen Staaten seit dem Kriege. Er kennzeichnete die sozialen und nationalen Ursachen und Wirkungen der Siedlung in den Randstaaten, in Polen, der Tschechoslowakei usw., ging auf die bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Begleiterscheinungen der Aufteilung des Großgrundbesitzes in diesen Ländern ein und berichtete

dabei insbesondere über die drei Hauptgebiete der polnischen Agrarreform: Flurbereinigung, Serwitutenablösung und Neu- und Umlagerung. Der Siedlung in den östlichen Nachbarstaaten stellte er sodann das Verhältnis: Bauernhof — Großgrundbesitz im reichsdeutschen Osten gegenüber: Wir haben in Deutschland in den Siedlungsfragen zu sehr mit Geld und zu wenig mit Menschen gerechnet. Der Bauernwoll auf der anderen Seite der Grenze steht, wir haben bisher nur sehr viel von diesem Wall geredet. — Gaumnisleiter Vg. Jden, der die Grüße des Oberpräsidenten und Gauleiters Kube überbrachte, setzte sich mit den Rassenfragen des deutschen Ostens auseinander. Seine Ausführungen über die rassistische Auslese, die Judenfrage in Deutschland, die Begriffe Volk und Rasse gaben Anlaß zu einer vielseitig anregenden Aussprache. — Vg. Dr. Schepers von der Reichsstelle für Raumordnung hielt einen inhaltsreichen Vortrag über die Voraussetzungen deutscher Raumpolitik und die Aufgaben der durch

Erlaß des Führers vom Juli d. Js. geschaffenen Reichsstelle im Rahmen des nationalsozialistischen Aufbaus. Der Stabsleiter der Hauptabteilung I des Reichsgrünhofes, Pg. Gramh, erläuterte die Ziele und Aufgaben der Siedlung in Dritten Reich. Er ging dabei davon aus, daß die Verteilung des Grund und Bodens in Deutschland, vor allem im deutschen Osten, nicht den Notwendigkeiten der Fügung des deutschen Blutstroms entspreche, und daß mit dem höchsten Verantwortungsbezug durch die heutige Siedlung herangezogen werden müsse, durch die der deutsche Grund und Boden leitmalig verteilt werden solle. Im einzelnen berichtete er dann über die Methoden der Siedlerauslese, über die Kontroversen: Kapital oder Kinder und über die Notwendigkeit, die Neusiedlung aus dem kapitalistischen Sektor des Wirtschaftslebens herauszunehmen: „Wir leben biologisch aus, aber wir siedeln nach kapitalistisch.“

Was in diesen Referaten grundlegend und allgemein über die Siedlung ausgeführt worden war, fand in der anschließenden Aussprache seine besondere Anwendung auf die Verhältnisse der einzelnen Grenzabschnitte des Ostens. Vor allem sprach Regierungspräsident Bachmann-Schneidmühl über die praktischen Siedlungsaufgaben in der Grenzmark, wobei er es vorzüglich bezeichnete, durch Meliorierung des Bodens um zunächst einmal die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Menschen, die ohnehin schon in der Grenzmark wohnen, hier gehalten werden können. Den abschließenden Vortrag hielt Pg. Regierungs- und Schulrat Pag-Schneidmühl, der an Hand zahlreicher auffälliger Beispiele die Mängel der Siedlungsstätigkeit im unmittelbaren Grenzgebiet erörterte und über das biologische Kräfteverhältnis der Bauern und Siedler deutschen und polnischen Volkstums sprach. Pg. Oberländer schloß die eigentliche Arbeitstagung, die wohl allen Teilnehmern nützliche Anregungen gegeben hat, mit einem Dank an die gastfreien Bomstler (die Teilnehmer waren fast durchweg in Privatquartieren

untergebracht), insbesondere an den Landesgruppenleiter des BDD, Pg. Kriebel, den Bürgermeister, Pg. Himmel, und den Ortsgruppenleiter des BDD, Pg. Berger, sowie an die Wädel vom Arbeitsdienst, die ihr Heim für die Tagung zur Verfügung gestellt hatten.

Anschließend fanden einige Sonderbesprechungen der Landesgruppenleiter, der Leiter der heimatruhen Ostverbände usw. statt. Am Ergebnis einer dieser Besprechungen wurde die Landesgruppe Kurmark des BDD geschaffen und Regierungsrat Pg. Dr. Rühle zu ihrem Leiter berufen. Die bisherigen Landesgruppen Grenzmark und Ostmark gehören als Untergruppen der neuen Landesgruppe Kurmark an.

Am nächsten Tage wurde die Teilnehmer der Tagung in Autobussen an einige volks- und grenzpolitisch interessante Punkte der Kreise Bomst, Meferitz und Schwerin geführt. In Rastawa wurde u. a. die schöne alte Holzkirche besichtigt, in Reubentischen der große Grenzbahnhof und die neue eigenartige Kirche. Im alten Schloß von Groß-Dammer gab Pfarrer Graf vom Landratsamt Meferitz einige interessante Informationen über den Kreis Meferitz. Auch Tirschitzel wurde aufgesucht, wo nach der Besichtigung der dort besonders „eindrucksvollen“ Grenzziehung am Denkmal der gefallenen Grenzschutzkämpfer im Namen der Fahrtteilnehmer von Pg. Fr. K. Kriebel ein Kranz niedergelegt wurde. In Meferitz wurde die alte, geschichtlich bedeutsame Burg besichtigt. In der Grenze bei Biergebau am wurden die Teilnehmer vom Landrat des Kreises Schwerin, Pg. Dr. Prange, begrüßt. Nachdem noch in Britzsch zwei Kindergärten aufgesucht worden waren, fand die Grenzfahrt in Schwerin an der Warte ihren Abschluß. Den grenzmärkischen Gastgebern, insbesondere den liebenswürdigen Bomstlern, sei an dieser Stelle noch einmal für die gute Organisation der Tagung und die freundliche Bewirtung herzlich gedankt.

Buchbesprechungen

Die Empörer. Roman von Josef Wießalla. Bruno Cassirer Verlag, Berlin 1935. 454 Seiten. — „Die Empörer“ sind der erste größere Roman des in Reuthen lebenden oberösterreichischen Dichters, der sich bereits durch sein Drama „Die Front unter Tage“ einen Namen gemacht hat. Der Roman spielt in der Zeit der Bauernbefreiung, in der die Menschen, nach vielen Generationen niederdrückender Leibeigenschaft, durch Gesetz die persönliche Freiheit erhielten, die für die meisten zunächst ein unbrauchbares Geschenk und nichts anderes als ein Wechsel des Frontsystems war. Zu den befreiten Bauern gehören auch die „Empörer“, die unter ihrem Führer Peter Droste dem Grafen Dolina den offenen Kampf angefangen hatten und von diesem, in der Absicht, sie in die Knie zu zwingen, auf dem Goret, einem völlig ertraglosen Sandberg, als freie Bauern angefangen wurden. Den Kampf zwischen den Goretlosen und den Dolinas, ein Kampf, der zwei Generationen lang währt, behandelt Wießalla in seinem Roman. Wichtig treten die Gestalten des trotigen Bauernführers Peter Droste und seines Sohnes Paul, des heillosigen Baran, des alten Grafen und des trotigen Stanislaus Dolina, hervor, der Droste'sches Blut in den Adern hat. Ueber Hunger und Not liegen die „Empörer“ vom Goret. Sie ringen dem Berg, auf den sie verbannt wurden, und der ihnen Heimat wird, ihren kärglichen Unterhalt ab. Das Freiheitsgefühl, das sich von ihrem Führer auf sie alle überträgt, weckt Unternehmungslust und Arbeitsfreude in ihnen. Am Goret erfüllt sich das Geschick der Dolinas. Der junge Graf und die Bauern finden sich zu gemeinsamen Werken zusammen. Die Erzählung wießallas ist breit ausgezogen, mitunter vertieft sie sich in überbemessenes Brauchtum, aber sie verfolgt den Weg, den ein Einzelner aus der Gemeinschaft der „Empörer“ geht, kehrt aber immer wieder zu dem Gemeinschaftsgefühl zurück, das sich auf dem Goret abspielt. Dr. K.

Der Düsselbrunnen. Roman von Adolf Meßendorf. Verlag Albert Langen / Georg Müller, München.

1935. 354 Seiten. Ganzleinen 5,50 R.M. 6. bis 10. Tausend. — Daß reichsdeutsche Verlage sich mehr und mehr der Werte auslanddeutscher Schriftsteller annehmen (und dabei auch wirtschaftlich auf ihre Kosten kommen), ist ein erfreulicher Beweis für die Zunahme volksdeutschen Denkens im Reich. Meßendorfer hat sich mit seinen vielgelesenen Romanen, die das Leben der siebenbürger Sachsen schildern, in die vorderste Front der auslanddeutschen Schriftsteller gestellt. Aus der reichen Fülle seiner Heimat greift er in „Düsselbrunnen“ das Sächsischen Kronstätt und seine Menschen heraus. Ein junger Gymnasialprofessor, ein reich gewordener Bierbrauer und seine drei Töchter, ein Gläubiger und Phantast sind die Hauptpersonen der Erzählung, in der sich das ganze Leben einer kleinen deutschen Stadt in Siebenbürgen mit all ihren lichten und dunklen Seiten entfaltet. Den ersten Hintergrund bildet der jahrhundertealte Holzstumpfschlamm, der auch dann seine Schatten über das Dalein der Sachsen warf, wenn dieses (wie in der Zeit, in der Meßendorfers Erzählung spielt) zu einer kleinsächsischen Idylle zu verflachen scheint. In einem weitverbreiteten sächsischen Kolonistendorf der Dobrudzha, an der Grenze des Orients, lernt der junge Gelehrte die volksdeutsche Not und mit ihr seine volksdeutsche Aufgabe kennen. Die meisterhafte Erzählertunft Meßendorfers weiß aus der Vielheit der Menschen und der Buntheit der Dinge ein prächtvolles Bild deutschen Lebens im Südosten zu formen. Dr. K.

Ostmark, Preußentum und Reichsgebante. Historische Abhandlungen, Vorträge und Reden. Von Hans Rothfels. A. C. Hinrichsche Buchhandlung, Leipzig 1935. 256 Seiten. Preis brosch. 15.— R.M. gebunden 17.— R.M. — In drei Gruppen lassen sich diese Reden und Aufsätze aus den Jahren 1926 bis 1933 einordnen. Drei Aufsätze, über Friedrich den Großen, Stein und Bismarck, befassen sich mit der Problematik des deutschen Staates, drei weitere mit geschichtlichen Fragen der Provinz Ostpreußen, die übrigen

greifen mit engerem oder weiterem Gesichtskreis in den Bezirk östgeschichtlicher Zusammenhänge ein, in die Schicksalsprobleme der Ostzone Mitteleuropas". Es entspricht der Ansicht Rothfels' von den Aufgaben der Geschichtswissenschaft, die ihm nur denkbar erschien im Zusammenhang mit den drängenden Fragen, welche Deutschland bewegten, daß alle diese Aufträge in einem politischen Untergrund wurzeln und von einer bestimmten politischen Fragestellung ausgehen. Das hat den Nachteil, daß diese Fragestellung heute nicht mehr aktuell und drängend ist, sondern selbst in den Bereich der Geschichte eingegangen ist, den Vorteil, daß wir den Nebelpunkt, an dem Rothfels bei seinen historischen Betrachtungen ansetzt, klarer und nüchterner erfassen können. Klar wird die zeitliche Bedingtheit besonders bei jenen Ausführungen, die in die Fragen östgeschichtlicher Zusammenhänge hineinreichen. In scharfer Ablehnung der staatlichen Neuregelung des Ostreiches durch Versailles, legt Rothfels den dort durchgebrochenen Ideen des demokratisch-zentralistischen Nationalstaates die konstruktive Lösung eines neuen Prinzips der Ordnung unter den Völkern des Ostens entgegen. Man erkennt sogleich, wie weit diese politische Ausgangspunkt unter den heutigen Verhältnissen noch gültig, wie weit er überholt ist. Der demokratische Charakter des östlichen Nationalstaates ist verschwunden, aber die an seine Stelle getretene autoritäre Form staatlichen Lebens führt sein Erbe in nur noch schrofferer Art weiter. Am klarsten entwickelt Rothfels diesen seinen politischen Ausgangspunkt in dem Aufsatz: „Das Problem des Rationalismus im Osten“, der die politisch-historischen Grundlagen seiner These gibt. Weiteraus fruchtbar wird dieser Ausgangspunkt in drei historischen Unterabteilungen: „Reich, Staat und Nation im deutsch-baltischen Denken“, „Bismarck und die Nationalitätenfrage des Ostens“ und „Bismarck, das Anschließungsgebot und die deutsch-polnische Gegenwartsfrage“. Rothfels spürt hier gewissermaßen nach, wo ein solches dem nationalstaatlichen Denken entgegengesetztes Ordnungsprinzip im 19. Jahrhundert gedacht und verludt wurde. Hierbei legt er die staatliche und nationale Besonderheit des Baltentums auseinander. Ebenso erscheint unter dieser Fragestellung Bismarcks staatliche Anschauung in ganz neuer Beleuchtung: Während der erste Kanzler bisher vornehmlich an den Maßstäben westlich nationalstaatlicher Einheits- und Verfassungsvorstellungen gemessen wurde, wird er hier als der große konservative Staatsmann gesehen, voller Ablehnung nationalstaatlicher Weltentwürfe, voller Achtung für fremdes Volkstum, erfüllt von liberalistischen Plänen, die es ermöglichen, mehrerer Völkertum in einem staatlichen Zusammenhang zusammenleben zu lassen. Noch einmal klingt die ganze Fragestellung in dem Schlusssatz: „Das Werden des Mitteleuropa-Geantens“. Am Metternich, Bismarck, Franz Ferdinand werden als Träger solcher Versuche geschildert, die Gemengelage des Volkstums durch übernationale Staatsbildungen zu begreifen. An dieser Stelle scheint die sonst so fruchtbare These des Verfassers in dogmatischer Weise die Wirksamkeit zu verzerren. Bismarck wird hier zum weltanschaulich-konservativen Staatsmann,

der, zugespielt ausgedrückt, die westlichen Verfassungs Ideen ebenso wie die Gedanken eines geschlossenen Nationalstaates als auch prinzipiellen Gründen ablehnt, eine Anschauung, die auch in ihrer vorläufigen Formulierung, in der Rothfels sie bringt, Zweifel erwecken muß. J. F.

Kampf im Kether oder die Unsichtbaren, Roman von A. S. Schelle-Roegel. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin, 1935. 490 Seiten. — Es handelt sich bei diesem Buch um einen Schlüsselroman. Unschwer läßt sich erkennen, wer mit dieser oder jener Gestalt des Romans gemeint ist. Das Thema ist die Entstehung und Entwicklung des deutschen Rundfunks bis zum Vorabend der nationalsozialistischen Revolution. Dem Verfasser hat offenbar reichliches Dokumentenmaterial zur Verfügung gestanden. Er hat es in seiner schon aus früheren Romanen her bekannten drastisch-eigenwilligen Weise in Romanform umgegossen. Bonzen, Bürokraten und Händler machen das Werk der Erfinder und technischen Arbeiter, das schon damals zu einem Machtfaktor im Kampf für Deutschland hätte werden können, zu einem Objekt ihrer Geschäftsinteressen, ihres Bürobetriebes und ihres Vostensjahren. Die Technik hat ihnen eine Großmacht in die Hände gegeben, aber sie pfuschen damit nur im Kether herum; und indessen überschreiten die Nachbarvölker, die die deutsche Technik besser zu nutzen wissen, ringsum im Kether die Grenzen des Reiches. Daß als Gegenspieler der Rundfunkbonzen lediglich ein nettes Mädchen, ein heruntergekommener Offizier und ein politisch unklarer junger Kaufmann auftreten, wird freilich dem Kampf, der gegen den Rundfunk des Weimarer Systems geführt worden ist, in keiner Weise gerecht. Wenn der Kampf um den Rundfunk dargestellt werden sollte, dann hätte sich der Verfasser schon dazu entschließen müssen, etwas weiter zu blicken, als es von den Feinheiten des Rundfunkgebäudes aus möglich ist. Dr. K.

Persönliches

Oberpostkassierer I. W. Carl Emilius, in Gdrlitz, Fr. Punitz, Schrimm, Krotzschin und Posen, am 16. 12. 70 J.

Am 18. November 1935 verstarb meine liebe Frau
meine gute Mutter,

Frau Antonie Romczynski

geb. Schulz
im fast vollendeten 71. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:
Witthelm Romczynski,
Paula Romczynski.

Swinemünde, den 21. November 1935, Heiligt. 35a, I,
früher Warlubien, Kreis Schwiebo.

Arier-Nachweis aus Polen

Beschaffung sämtlicher
Dokumente sofort u. billigst
Richard Schulz
Poznan, Rybak 7

**Landsleute
werbt
für das
„Ostland“**

An Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Mohrstraße 46
Ausschneiden! Als Drucksache für 3 Pfg. senden!

Bestellkarte

Hiermit bestelle ich Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1936“

zu **0.90 RM.** und **0.15 RM.** Porto je Stück.

Bezahlung erfolgt durch **Voreinsendung** des Betrages auf Postkontto Berlin
Nr. 65839 — durch **Nachnahme.** (Hilfszahlstellen buchleitend.)

Name:

Wohnort und Straße:

VDD-Mitglieder erhalten den Kalender durch Bestellung bei ihrer Ortsgruppe für 0.60 RM. je Stück.